

# PRO BAHN

## Bayern

Gemeinnütziger Fahrgastverband

---

PRO BAHN e.V., Schwanthalerstr. 74, 8000 München 2

**PRO BAHN  
Landesverband Bayern e.V.**

An die  
Damen und Herren  
der Presse  
im Raum Coburg

Schwanthalerstraße 74  
8000 München 2  
Tel.: 089 / 53 00 31  
Fax: 089 / 53 75 66

Datum: 17. April 1993  
Zeichen: wi/hp  
Thema: Pressemitteilung

## **Zuganschlüsse in Sonneberg werden verbessert**

### **PRO BAHN mahnt attraktives Zugangebot an**

Eine erfreuliche Mitteilung erhielt der Fahrgastverband PRO BAHN von der Reichsbahndirektion Erfurt: Zum Fahrplanwechsel am 23. Mai werden die Umsteigeverbindungen in Sonneberg in den Thüringer Wald verbessert.

PRO BAHN hatte in einem Schreiben an die Bundes- und Reichsbahn die schlechten Anschlüsse in Sonneberg – besonders um 16:44 Richtung Coburg – moniert. So muß zur Zeit fast eine Stunde Wartezeit in Kauf genommen werden, samstags verläßt gar der letzte Zug Richtung Coburg Sonneberg just drei Minuten bevor der Zug aus Lauscha eintrifft. "Es ist eine Provokation des Fahrgasts, wenn er vom einfahrenden Zug aus den anderen am Nachbarbahnsteig gerade abfahren sieht," meint PRO BAHN Vorsitzender Matthias Wiegner und bedauert, daß es "leider nicht möglich schien, sofort eine Änderung vorzunehmen".

Ab 23. Mai wird jedoch dieser Zustand ein Ende haben, auch der Anschluß von Rauenstein/Eisfeld wird gewährleistet (täglich außer sonntags). Damit ergeben sich am Wochenden ab Coburg recht günstige Ausflugsmöglichkeiten in den Thüringer Wald, womit die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel ihre Rolle im Freizeitverkehr

etwas steigern kann, zumal auch Fahrradtransport möglich ist.

PRO BAHN hofft, daß die Züge auch genutzt werden. Nur dann sei es politisch durchsetzbar, das Angebot weiter zu verbessern. Mittelfristig seien die langen Aufenthalte in Lauscha und Rauenstein – bedingt durch das Rangieren der Lok – zu beheben und die Streckengeschwindigkeit zu erhöhen. Der Einsatz von Triebwagen könne wahrscheinlich hilfreich sein. PRO BAHN geht davon aus, daß mit der anstehenden Regionalisierung des Nahverkehrs sich die Länder und Kommunen ihrer Verantwortung stellen werden und vom Bund dazu finanziell in die Lage versetzt werden.